

QUO VADIS Euroland?

Ein Rückblick auf die Finanzkrise, der Nutzen des Bargeldes, Anlagethemen und die Zukunft des Euro: Die Finanzexperten Karl Schnitzler, Prof. Dr. Franz Seitz und Robert Beer diskutierten mit den Wirtschaftszeitungsredakteuren Gerd Otto und Robert Torunsky die aktuelle Situation.

Schockstarre bei den Sparern

Investmentgeschäftsführer Robert Beer schlägt eine steuerfreie Anlage in Aktien oder Investmentfonds vor – und zwar bei einer Haltedauer von mindestens fünf Jahren.

REGENSBURG. 1974 war das noch eine schlechte Meldung: nur 5,5 Prozent Zinsen aufs Sparbuch. Heute würden deutsche Sparer bei Anlageangeboten wie diesem mit den Tränen kämpfen – mit Tränen der Freude: Denn eine Verzinsung, die diesen Namen überhaupt noch verdient, ist praktisch nicht mehr zu finden.

Beträchtliche Kapitalvernichtung

Robert Beer, der Gründer und Geschäftsführer der gleichnamigen Investment GmbH aus dem oberpfälzischen Parkstein, legte denn auch beim Redaktionsgespräch zum Thema Finanzen und Anlage den Finger in diese derzeit besonders schmerzende Wunde. Als die Zinsen in den letzten Jahren stetig gegen Null tendierten, sei die Aufregung groß gewesen, erinnert er sich: „Jeder

feilschte mit seiner Bank um Zehntelpunkte Zins.“ Jetzt aber, da sogar Strafzinsen fällig würden oder wenigstens drohen, herrsche eine Art Schockstarre. „Die meisten lassen die Kapitalvernichtung über sich ergehen und hoffen, dass es nicht ewig dauert und nicht noch schlimmer kommt.“ Immerhin parken deutsche Anleger derzeit geschätzte 2,6 Billionen Euro auf Sparbüchern und Festgeldkonten. Daran ändere selbst die Tatsache nichts, dass die Inflation durch den Zinseszinsseffekt im Laufe der Jahre einen enormen Wertverlust der Kaufkraft bedeutet. „Auf die Idee, nach anderen Anlageformen Ausschau zu halten, kommt kaum jemand.“

Beer ist überzeugt, dass eine breitere Masse den Aktienmarkt erst wieder entdecken werde, wenn Euphorie um sich greife, die Zeitungen darüber berichteten und Freunde, Nachbarn und Taxifahrer vom Fieber gepackt würden. „Wahrscheinlich werden wir das erleben, wenn der DAX über 20.000 Punkte steigt, ähnlich wie in den Jahren um 2000“, glaubt er. Dann würden die Neueinsteiger in der nächsten Korrektur wieder „rasiert“ – und dem Aktienmarkt für viele Jahre den Rücken zukehren. „Dabei ist die Vermögensbildung über die Aktie sehr einfach. Man muss nur ein paar Grundregeln beachten.“ Es gebe auch gute professionelle Strategien, um an der Aufwärtsbewegung an den Märkten zu partizipieren und die großen Risiken zu vermeiden. Hier könne man das Gespräch mit guten Vermögensverwaltern suchen und sich ausführlich informieren. „Für den Sparer bedeuten negative Zinsen und Inflation eine permanente Vermögensvernichtung, für den Kapitalanleger sind es dagegen aktuell goldene Zeiten“, erklärt Robert Beer. Denn die großen Unternehmen am deutschen und europäischen Aktienmarkt erwirtschafteten sieben Prozent Rendite. „Die Politik ist mitverantwortlich für die Nullzins-

politik in Europa“, so Beer. Der Staat könnte über Bildung den Menschen, vor allem den jungen, klarmachen, dass sie ihr Anlageverhalten ändern müssen, um langfristig Vermögen aufzubauen. Auch steuerliche Anreize könnten helfen. So sollte eine Anlage in Aktien oder Investmentfonds bei einer Haltedauer von mindestens fünf Jahren steuerfrei sein, schlägt Robert Beer vor. Zum einen könnte man mehr Leute bewegen, überhaupt in Aktien zu investieren. Zum zweiten würde durch die Steuerfreiheit ein Mehrwert geschaffen und zum Dritten würden die Anleger angehalten, die Aktienanlage als langfristiges Investment zu sehen und nicht ständig zu kaufen und zu verkaufen. Auf diese Weise würde auch ein riesiger volkswirtschaftlicher Nutzen erreicht. Diese sinnvolle private Altersvorsorge würde die Sicherungssysteme langfristig massiv entlasten. Außerdem blieben die hohen Gewinne und Dividenden deutscher Konzerne im Inland und würden nicht überwiegend an ausländische Investoren fließen.

Der Euro als Friedensprojekt

Im Zusammenhang mit der Europäischen Währungsunion betont Beer, dass der Euro als großes Friedensprojekt verkauft worden sei. In der Realität kranke die Währungsunion freilich daran, dass sich nicht alle Mitglieder an Regeln hielten. Hätten die wirtschaftlich schwächeren Länder in der Zeit vor dem Euro ihre Währungen gegenüber der D-Mark fortlaufend abgewertet, um konkurrenzfähig zu sein, so gehe dies mit einer gemeinsamen Währung nicht mehr. „Daher ist der Euro für die schwächeren Länder zu fest und für Deutschland zu schwach.“ Auf diese Weise fallen die schwächeren EU-Länder immer weiter zurück. Vor allem aber seien die bei uns herbeigeholten steigenden Zinsen für die meisten Staaten einfach nicht mehr tragbar. (go/to)



Fotos: Attila Henning

Bargeld wird weiterhin benötigt

Notenbank-Experte Karl Schnitzler von der Deutschen Bundesbank in München will in Sachen „Bargeld oder unbar“ die Verbraucher entscheiden lassen.

REGENSBURG. „Eine Kernaufgabe von Notenbanken ist der Zahlungsverkehr“, sagt Karl Schnitzler, der Bereichsleiter Innen- und Filialbetrieb der Hauptverwaltung Bayern der Deutschen Bundesbank. Die Deutsche Bundesbank habe dabei ein Bein jeweils in der Tür zur digitalen und zur analogen Welt. Einen wichtigen Beitrag leisten dabei die Geschäftsbanken, unter anderem mit ihrem dichten Netz an Geldausgabemaschinen. Karl Schnitzler ist überzeugt, dass Bargeld noch lange kein Auslaufmodell ist: „Bargeld ist im Einzelhandel nach wie vor das am häufigsten genutzte Zahlungsmittel in Deutschland.“ Drei von vier Banknoten, die sich in Deutschland im Umlauf befinden, landen übrigens unter der sprichwörtlichen Matratze, meint Schnitzler schmunzelnd.

Ein Mix von Zahlungsformen

Ob es künftig, also vor dem Hintergrund des digitalen Wandels, noch Bargeld geben wird, darüber ist schon vor einiger Zeit eine heftige Diskussion ausgebrochen. Die Bundesbank gibt sich dabei gelassen. Schnitzler will den Verbraucher darüber entscheiden lassen, wie er bezahlen möchte. „Natürlich sind Kartenzahlungen, Überweisungen oder Lastschriften im privaten Zahlungsverkehr sinnvoll, und ich bezahle selbstverständlich auch Mieten oder Versicherung nicht bar“, sagt der Vertreter des Präsidenten der Hauptverwaltung in Bayern der Deutschen Bundesbank. Er ist aber auch davon überzeugt, dass Bargeld künftig im Mix der Zahlungsinstrumente weiterhin seine Berechtigung haben wird, was offenbar auch die Bürger so sehen: „Derzeit erfolgen drei von vier Zahlungen am Point of Sale bar, gemessen am Umsatz sind es knapp die Hälfte. Deutschland ist damit übrigens im europäischen Vergleich kein Ausreißer, sondern befindet sich im Mittelfeld. Nach einer aktuellen Umfrage wollen 88 Prozent

der Deutschen auch künftig bar bezahlen können“. Der Hinweis auf die Schattenwirtschaft oder die Verbrechenfinanzierung, wo angeblich in hohem Maße auf Bargeld zurückgegriffen werde, zieht bei Karl Schnitzler nicht. Im Zuge der allgemeinen Digitalisierung gewannen hier vielmehr alternative Zahlungsmittel, insbesondere im Zusammenhang mit der Abwicklung über das Internet oder das Darknet, zunehmend an Bedeutung.

„Es gibt jedenfalls keine wissenschaftliche Bestätigung, dass die Existenz von Bargeld Kriminalität fördert“, meint Schnitzler. Die Kriminalität benutze zwar Bargeld, seine Abschaffung aber würde nur zu Ausweichreaktionen führen und nicht die Kriminalität an sich reduzieren. Bargeld hat nach Auffassung von Karl Schnitzler viele Vorteile. Nutzer bewahren sich auf diese Weise einen sehr guten Überblick über ihre Ausgaben. „Scheine aus dem Portemonnaie zu holen schmerzt mehr, als die Karte oder das Handy zum Bezahlen zu zücken“, stellt Schnitzler fest. Bargeld sei zudem ein sehr schnelles und einfaches Zahlungsmittel und gewähre einen unübertroffenen Datenschutz.

Moderne digitale Bezahlförmlichkeiten haben natürlich auch ihre Vorteile. Insofern hält dies Karl Schnitzler für keine Frage des Entweder-oder, sondern des Sowohl-als-auch. Zur Wahlfreiheit der Bürger, weiter bar zu bezahlen, gehöre aber auch, dass es den Bürgern nicht wie in Schweden extrem schwer gemacht wird, Bargeld zu nutzen. In Schweden wurden viele Geldautomaten abgebaut und Bankschalter geschlossen, an denen man zuvor Bargeld abheben konnte. „Inzwischen steuern die Schweden wieder um und wollen den Bürgern wieder leichten Zugang zum Bargeld verschaffen“, erklärt Schnitzler. Bargeld habe aber noch weitere Vorteile, die andere Zahlungsmittel nicht aufwiesen. So könne mit Bargeld di-



Karl Schnitzler

rekt Zug um Zug bezahlt werden. Weder der Verkäufer noch der Käufer einer Ware müsse in Vorleistung treten. „Wenn Sie einem Unbekannten einen Gebrauchtwagen verkaufen, möchten Sie sich wahrscheinlich nicht darauf verlassen müssen, dass er Ihnen das Geld später überweist.“ Bargeld benötige außerdem keine technische Infrastruktur. Dadurch kann es auch im Not- und Krisenfall als Zahlungsmittel verwendet werden.

Den Umgang mit Geld lernen

Abschließend verweist Schnitzler noch einmal darauf, dass auch Bevölkerungskreise, die keinen vollen Zugang zu bargeldlosen Zahlungsmitteln haben, beispielsweise Kinder oder Personen ohne Girokonto, mit dem Bargeld am Wirtschaftsleben teilnehmen können: „Bei Kindern kommt noch hinzu, dass Banknoten und Münzen es ihnen überhaupt erst ermöglichen, den Umgang mit Geld zu erlernen.“ (go/to)

Probleme sind nicht gelöst

Die expansive Geldpolitik der EZB führt laut Prof. Dr. Franz Seitz nicht nur zur erhöhten Bargeldnachfrage, sondern auch zu wenig Handlungsspielraum in der nächsten Krise.

REGENSBURG. „Die Eurokrise war eigentlich eine Krise mit Ankündigung. Es war nur nicht klar, wann sie ausbrechen würde“, blickt Prof. Dr. Franz Seitz zurück. Der Professor für Volkswirtschaftslehre an der OTH Amberg-Weiden, seit vielen Jahren auch als Berater der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Deutschen Bundesbank tätig, stellt klar: „Vor allem im Euro-Währungsgebiet wurden durch die Finanzkrise die Probleme in den Staatsfinanzen einzelner Länder offensichtlich.“ Für die missliche Lage gab es mehrere Ursachen, die nicht unbedingt nur in Europa lagen. „Die Finanzkrise wurde auch durch die damalige extrem expansive Geldpolitik der US-Notenbank Fed ausgelöst. Heute ist jedoch die Geldpolitik, und zwar weltweit, noch viel expansiver“, gibt Seitz zu bedenken. Gerade Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken, die nach der Finanzkrise als stabilisierendes Element gewirkt hätten, sei die Lage misslich: „Sie werden in ihrem Geschäftsmodell durch die Niedrigzinspolitik der EZB extrem negativ getroffen. Früher war der Weltspargen ein Highlight für jedes Kind. Heute muss man sich schon fast entschuldigen, wenn man Geld zur Bank bringt.“ Insgesamt hätte auch das Standing gelitten. „Das Ansehen der Banken und der Finanzbranche ist seit der Finanzkrise gesunken. Das merkt man selbst bei der Kurswahl an Hochschulen. Die Finanzthemen sind bei guten Studierenden nicht mehr so gefragt“, weiß Seitz.

Schweden bildet die Ausnahme

Seit der Finanzkrise hätte – auch relativ zum Bruttoinlandsprodukt – der Bargeldumlauf zugenommen, und das, obwohl die Barzahlungen im Einzelhandel zurückgegangen seien. „Andere Motive der Bargeldhaltung haben somit an Bedeutung gewonnen“, berichtet der europaweit gefragte Bargeldforscher, der auf dem Rückweg aus

Schweden war. Dort ist – als einziges Land in Europa – bis 2017 der Bargeldumlauf extrem zurückgegangen. In diesem Ausmaß seien die schwedische Regierung und Zentralbank darauf nicht vorbereitet gewesen und das Thema ihnen deshalb insgesamt aus der Hand geglitten sei. „Interessant ist, dass in Schweden der Bargeldumlauf in den vergangenen beiden Jahren aber wieder zugenommen hat. Die negativen Erfahrungen Schwedens mit der Zurückdrängung des Bargelds und Erschwernissen bei Barzahlungen legen es nahe, in dieser Richtung vorsichtig vorzugehen“, rät Seitz, der eine weitere Begründung gleich mitliefert. „Ohne Bargeld würde der Wettbewerb auf dem Zahlungsverkehrsmarkt drastisch einge-

schränkt und man wäre abhängig von amerikanischen Unternehmen wie Visa, Mastercard, Apple, Google oder Amazon und der dortigen Regierung.“ In einer bargeldlosen Welt würde zudem die Bevölkerung zum „Gefangenen des Bankensystems“, da sie ihr Geld nicht mehr aus dem Bankensystem abziehen könne. Seitz erwartet keine Änderung der Tendenz: „Durch die wohl noch länger andauernde Null-beziehungsweise Negativzinspolitik wird die Nachfrage nach Bargeld weiter und deutlich zunehmen, wie die Erfahrung aus Japan zeigt.“

Wer entscheidet, muss auch haften

Der Blick in die Historie helfe auch bei der Analyse des Euro und dessen Perspektive. „Die Zukunft des Euro hängt entscheidend davon ab, inwiefern die Mitgliedsländer bereit sind, sich an die Regeln zu halten“, sagt Seitz. „Jedliches Währungssystem kann erfolgreich funktionieren. Allerdings zeigt die Geschichte auch, dass die Nicht-Befolgung der damit verbundenen Regelungen zu dessen Zusammenbruch führt.“ In der Währungsunion könne man prinzipiell in Richtung politische und Fiskalunion gehen. „Wenn dazu jedoch die Bereitschaft fehlt, muss den gegebenen Regelungen zu mehr Durchschlagskraft verholfen werden.“ Dabei gehe es vor allem um die Nicht-beistands-Klausel. „Wer über seinen Staatshaushalt selbst entscheidet, muss auch dafür haften.“ Aktuell seien die Probleme in der Währungsunion keinesfalls gelöst. „Alles wird letztlich nur durch die extrem expansive Geldpolitik der EZB zusammengehalten. Dadurch hat sie in der nächsten Krise nur noch wenig Handlungsspielraum.“ Deshalb würden auch Zinserhöhungen in Zukunft äußerst unwahrscheinlich und schwer durchzusetzen sein. „Dadurch werden hochverschuldete Staaten sowie unproduktive Unternehmen und Banken künstlich am Leben gehalten.“ (to/go)



Prof. Dr. Franz Seitz



Robert Beer